

## Ein Land auf der Suche nach seinem Platz in der EU

# Wie Ungarn in Europa nach vorn kommen will

KONFERENZ In Regensburg beschäftigten sich Experten mit dem Land, das seit seiner EU-Ratspräsidentschaft am Pranger steht.

VON MARIA GRUBER, MZ

REGENSBURG. Eine Sondersteuer, die vor allem ausländische Großkonzerne belastet, ein Mediengesetz, das viele als Einschränkung der Pressefreiheit betrachten: Ungarn hat seit dem 1. Januar die EU-Ratspräsidentschaft inne und ist gleichzeitig Adressat für heftige Kritik. Nicht nur, dass Anfang Januar 13 Vertreter großer Unternehmen die EU-Kommission aufriefen, die ungarische Regierung für die Sondersteuer zu bestrafen. Als der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban vorige Woche dem Europäischen Parlament das Programm der ungarischen Ratspräsidentschaft vorstellen wollte, wurden seine Pläne durchkreuzt. Anstatt über die Ziele der Präsidentschaft sprechen zu können, bombardierten ihn die Europäischen Grünen und Sozialisten mit Kritik am Mediengesetz.

## Gutes Investitionsklima in Ungarn

Als das Ungarische Institut Regensburg mit der Industrie- und Handelskammer (IHK) Regensburg für Oberpfalz/Kelheim, der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM) und der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft in der BRD (DUG) vor Monaten mit der Planung einer Ungarn-Konferenz in Regensburg begann, konnten die Organisatoren nicht ahnen, wie aktuell dieses Thema zum Zeitpunkt der Veranstaltung sein würde. Doch bei der Veranstaltung „Ungarn: selbstbewusst aus der Krise?“ war von Verstimmungen nicht viel zu spüren.

Seinem Vortrag über die ungarische Wirtschaftspolitik schickte Sandor Kovács, Handelskonsul des ungarischen Konsulats in München, dennoch eines vorweg: „Die Einhaltung des Defizitzieles wäre nicht möglich gewesen ohne die Krisensteuer.“ Dass die Steuer die Banken-, Versicherungs-, Telekommunikations- und Energiebranche getroffen habe, hänge allein

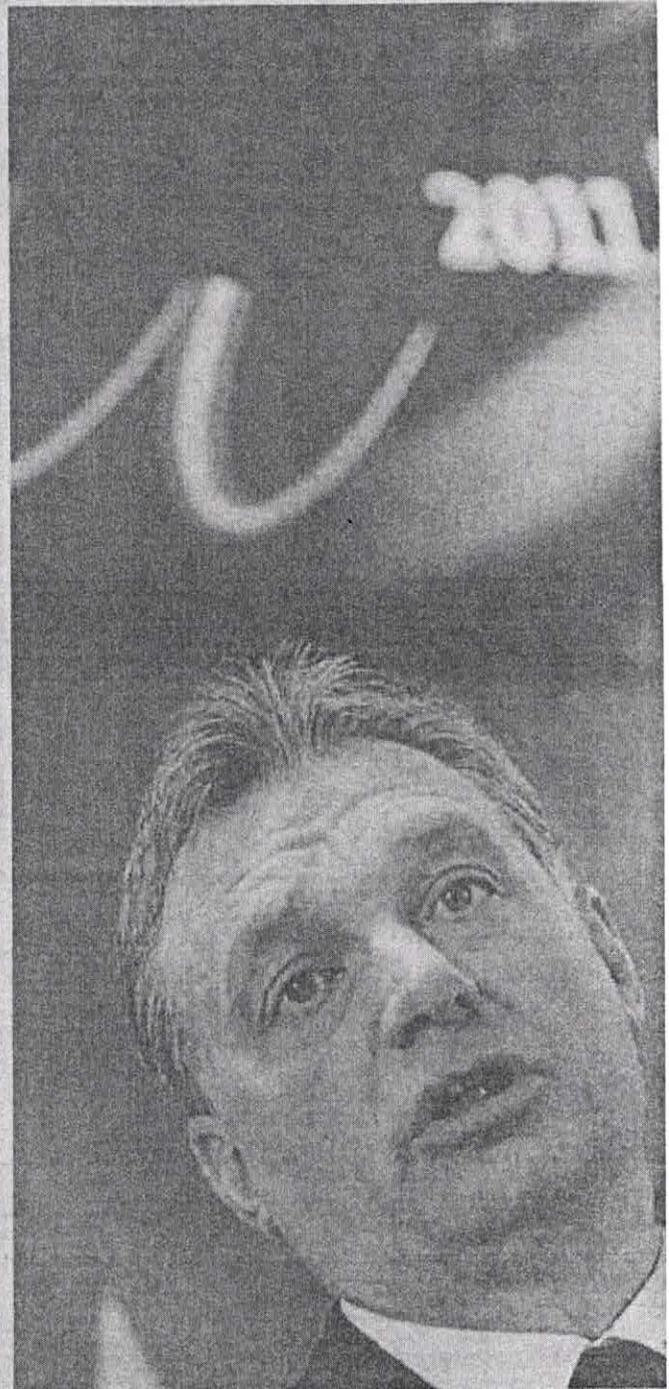
damit zusammen, dass diese Branchen – im Gegensatz zum Fremdenverkehr und dem produzierenden Gewerbe – diese Belastung aushalten könnten, so Kovács. Die ungarische Regierung wolle jetzt mithilfe des so genannten Széchenyi-Plans die Wettbewerbsfähigkeit Ungarns stärken und eine Million neue Arbeitsplätze schaffen.

Krisensteuer hin oder her – „Ungarn ist nach wie vor ein interessanter Standort“, sagte Gabriel A. Brennauer, Vorstand der Deutsch-Ungarischen IHK. Die Politik sei für das Tagesgeschäft der 900 Mitglieder von untergeordneter Bedeutung – für die in Ungarn tätigen Firmen stehe das operative Geschäft im Vordergrund. So herrsche ein gutes Investitionsklima. „Von 100 Unternehmen würden 84 wieder in Ungarn investieren.“

Wieder in Ungarn investieren – das würde auch Manfred Zollner. Er warnte aber davor, die Probleme zu verniedlichen und hatte eine Mappe voller Kritik und Anregungen für die ungarische Regierung dabei. „Ich interessiere mich nicht für Politik“, sagte der Aufsichtsratsvorsitzende der Zollner Elektronik AG, eine Firma aus Zandt, die 1988 in Vác das erste von zwei Werken in Ungarn aufgebaut hat. Aber er brauche in Ungarn Fachleute – „und die müssen wir erst machen“, z. B. durch die Einführung eines dualen Ausbildungssystems, das laut Brennauer bereits erarbeitet werde. Und über Korruption müsse gesprochen werden, so Zollner. „Die Behörden wollten Geld, bevor man einen Antrag ausfüllt.“

## „Wir wollen radikal etwas anderes“

Neben Wirtschaftswachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Haushaltskonsolidierung gibt es ein weiteres Ziel, das Ungarn in den kommenden Monaten verfolgen möchte. Eine europäische Strategie für die Roma. In den Staaten der EU sind mehr als zehn Millionen Roma beheimatet, 80 Prozent davon in den mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten, davon 2,8 Millionen in Ungarn. Zoltán Bolag, der ungarische Staatssekretär für die Förderung des sozialen Aufstiegs im Ministerium für Verwaltung und Justiz, hatte mit Premier Orban das ungarische Konzept für die EU-Roma-Strategie in Brüssel



Die Regierung Orban steht in Europa momentan nicht besonders gut da. Vor allem die Sondersteuer sowie der Plan Ungarns für eine europäische Roma-Strategie waren Thema einer Ungarn-Konferenz. Foto: dpa

vorgelegt. Roma litten unter hoher Arbeitslosigkeit, schlechtem Gesundheitszustand und seien zu wenig gebildet, sagte Pfarrer Balog. Die ungarische Regierung habe bereits ein Programm aufgelegt, um Roma Arbeit zu vermitteln und ins Bildungssystem zu integrieren. „Die Roma leben heute schlechter als vor der Wende“, so Balog. Und nicht nur die Roma: In den vergangenen sechs Jahren habe es kein Wirtschaftswachstum gegeben. Faule Kompromisse hätten Ungarn heruntergewirtschaftet. „Wir haben die Hoffnung, dass man die Entwicklung der vergangenen 20 Jahren ein Stück zurückdrehen kann“, so Bolag. Die Zweidrittelmehrheit von Orbans Fidesz-Partei, die sich momentan sogar weiter stabilisiert, sei deshalb wie ein Ausrufezeichen zu verstehen.